



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 18.01.2023, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Scala Kultur Live gGmbH - Zuschussantrag 2023,
vorläufiger Abschluss 2022, Abschluss 2021
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 464/22

Beschlussempfehlung:

1. Der Haushaltsabschluss 2021 und der vorläufige Haushaltsabschluss 2022 werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen für das Haushaltsjahr 2023 sowie dem damit verbundenen Wirtschaftsplan wird zugestimmt.
3. Der Zuschuss für das Jahr 2023 i.H.v. 250.000 EUR für die Scala Kultur Live gGmbH wird freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Sachvortrag zur Vorlage durch die **Geschäftsführer** der Scala Kultur Live gGmbH.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Das Zielpublikum sei breit aufgestellt, lobt sie.

Stadträtin **Wiedmann** dankt den Vortragenden. Sie lobt die Kreativität während der Pandemie. Sie fragt nach der Erhöhung der sonstigen variablen Kosten im Haushaltsplan 2022/23. Zudem wünscht sie nähere Information zum Zuschuss in Höhe von 50.000, --Euro ab dem Jahre 2023. Sie bedauert das Ende der U21-Veranstaltungen und hofft auf eine nahtlose Fördermittelakquise.

Ebenso seinen Dank spricht Stadtrat **Meyer** dem gesamten Team für die gute vorausschauende Arbeit aus und stimmt der Vorlage gerne zu. Die Kürzung werde wieder aufgehoben. Das vielfältige Programm spricht ein breites Publikum an. Die Zuschusserhöhung durch die Stadt vor einigen Jahren habe sich positiv herausgestellt. Er fragt nach den Mieteinnahmen aus der Gastronomie und möglichen Synergien durch die GmbH. Eine Diskrepanz sieht er zu S. 9 des Antrages und dem Haushaltsplan. Der Landkreiszuschuss sei bereits fest zugesagt. Er wünscht eine separate Ausweisung von Stadt, Kreis und Landeszuschüssen.

Stadtrat **Dengel** schließt sich dem Dank an. Die Ideen sprechen für sich, meint er lobend.

Das Scala habe einen enormen Zuspruch entwickelt, lobt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Diese Kultureinrichtung sei ein Zuschussbetrieb und dies müsse es wert sein, da die Wirkung in die Stadtgesellschaft enorm sei. Es werden alle Altersgruppen und Publikumsstrukturen bespielt. Die Projekte und das vielseitige Programm seien beeindruckend.

Die Einrichtung sei ein geschätzter und etablierter, nicht wegzudenkender Kulturbetrieb und ein integraler Bestandteil der Kulturszene, so Stadtrat **Heer**. Er stimmt der Vorlage gerne zu.

Die **Geschäftsführer** der Scala Kultur Live gGmbH gehen auf die offenen Fragen ein. Sie danken für das positive Feedback. Der Gesellschafterkreis sei nochmals erweitert worden und man hoffe auf Impulse für die Stadtgesellschaft. Erste positive Ergebnisse gebe es bereits. Bei den betrieblichen Aufwendungen habe es eine Kostensteigerung gegeben. Dies sei den vielen Projekten geschuldet. Zudem seien die Mitarbeitergehälter und freien Mitarbeiter-Löhne gestiegen. Der Zuschuss des Landkreises sei stabil geblieben. Fehlerhaft sei dies unter den Erlösen angegeben. Der Landeszuschuss habe sich durch die Kürzung des kommunalen Zuschusses im vergangenen Jahr verringert. Die Fixkosten seien massiv gestiegen. Das Haus koste rund 400.000, --Euro pro Jahr. Die WBL decke die Erhöhung durch ein Sponsoring ab. Die Scala GmbH unterstütze aus eigenen Mitteln und einem guten Vertrag mit der Gastronomie, Sponsoringeinnahmen sowie Vermietungen. Neue Sponsoringverträge konnte man mit Huober-Brezel und Alba abschließen. Weiter wird auf die Förderung für das Projekt CLUB21 eingegangen. Man suche hier weiter nach Möglichkeiten.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

Wahl der Nachrücker*innen im Integrationsrat
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 459/22

Beschlussempfehlung:

Der Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt, die freigewordenen Plätze im Integrationsrat mit den nachfolgend genannten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** erläutert das Procedere.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein. Er dankt allen Beteiligten.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** bedankt sich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr Engagement sowie bei den neuen Bewerberinnen und Bewerbern. Die Gesellschaft und die Aufgaben werden immer vielfältiger. Die Verantwortung für mehr Integration, Partizipation und sozialen Zusammenhalt sowie für ein friedliches Zusammenleben zu sorgen steige immer mehr. Die Mitglieder bringen viel Engagement, Kompetenz und Potential ein. Diese wertvolle Ressource solle mehr genutzt und sichtbarer gemacht sowie die beratende Funktion mehr in Anspruch genommen werden.

Stadträtin **Dr. Traub** schließt sich der Vorrednerin an. Der Integrationsrat wünscht mehr eingebunden und aktiv mit Aufträgen konfrontiert zu werden. Die ehrenamtliche Expertise sei enorm und solle genutzt werden. Sie hofft auf eine schnelle Einbindung der neuen Mitglieder und fragt, ob in diesem Gremium die Fluktuation höher liege als bei anderen Gremien.

Stadtrat **Dengel** dankt ebenso für das Engagement. Der Integrationsrat sei eine starke Einrichtung und Ansprechpartner für die Migranten in der Stadt.

Stadträtin **Metzger** schließt sich dem Dank an. Die Einrichtung sei wichtig und die aktuelle Lage unterstreiche dies noch mehr.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Eine höhere Fluktuation sei nicht bekannt.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport informiert anhand einer
Protokollauszug Bildungs- und Sozialausschuss 18.01.2023

Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Die Struktur werde klar und transparent dargelegt, ergänzt EBMIn **Schmetz** und eröffnet die Aussprache.

Das Handlungsfeld sei wichtig und in der momentanen Zeit sehr aktuell, merkt Stadträtin **Wiedmann** an. Der laufende Prozess solle schnell vorangetrieben werden. Bei den operativen Zielen solle im laufenden Prozess eine Reflexion erfolgen.

Der Themenpunkt sei derzeit besonders wichtig, so Stadtrat **Meyer**. Beim Leitsatz wünscht er eine Verfeinerung in der Formulierung, vor allem solle das Wort „angeglichen“ hinterfragt werden. Er nennt einige Anmerkungen, unter anderem sollen unter 6.1.2. die Standards zur Barrierefreiheit umgesetzt und unter 6.2.2. auch Parteien hinzugefügt werden. Unter 6.2.5. merkt er an, dass die Anzahl der Engagierten schwer erhebbar sei, hier wünscht er eher die Aufnahme des Ehrenamtes. Zu 6.3.1. solle eine Definition festgelegt werden. Weiter geht er auf das strategische Ziel 4 ein. Zur Wortwahl „Gewalt“ wünscht er eine breitere Formulierung, da es viele Formen von Gewalt gebe.

Die Punkte seien unstrittig und bereits lange bekannt, meint Stadtrat **Dengel** und verweist auf bereits vorhandene Unterlagen. Diese können herangezogen und sollen umgesetzt werden. Beispielhaft nennt er das Thema Bahnhof. Er wünscht künftig Vorschläge für mögliche Umsetzungen. In der Bevölkerung und bei den Ehrenamtlichen können erneute Befragungen zu Frustration führen.

Zielsetzungen seien nicht zu unterschätzen, sagt Stadträtin **Metzger**. Ein gemeinsames Ziel führt zu einem Zusammenhalt. Dennoch sollten die Ziele realistisch formuliert werden. Sie selbst priorisiert das Ziel „Sozialer Zusammenhalt“ und wünscht einen schnellen Start. Für die Erreichung der Ziele stehe die Bürgerschaft, die Verwaltung sowie der Gemeinderat in der Verantwortung.

Eigentlich sollten die Ziele grundsätzlich eine Selbstverständlichkeit sein, führt Stadtrat **Heer** aus. Die Ziele zu formulieren, mache dennoch Sinn. Zur Umsetzbarkeit und Gewichtung sowie den Einsatz finanzieller Mittel gebe es unterschiedliche Auffassungen. Man habe einen Wegweiser für zukünftiges wertebasiertes Handeln und Umsetzung in der Stadtgesellschaft. Er wünscht einen Zwischenbericht und fragt, wann mit ersten Ergebnissen zu rechnen sei.

Stadträtin **Schmidt** geht auf das Thema Gewalt ein. Neben der geschlechterbasierten Gewalt sollen auch andere Formen namentlich genannt und sichtbar gemacht werden.

EBMin **Schmetz** dankt für die Redebeiträge und Anregungen. Sie werde diese mitnehmen und erneut abwägen. Viele Aspekte seien bereits in der Handlungsfeldkonferenz diskutiert worden. Alle Handlungsfelder seien auf das Jahr 2040 ausgerichtet, ausgenommen die Umsetzung gesetzlicher Grundlagen. Das Thema Klima sei ausnahmsweise auf das Jahr 2035 vorgezogen.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er dankt dem Stadtverband für Sport für die ausführliche Stellungnahme.

Die Handlungsfelder seien ineinander verwoben und tragen massiv zum sozialen Zusammenhalt bei, fügt EBMin **Schmetz** hinzu und eröffnet die Aussprache.

Die Themen Grün in der Stadt, Klima und Energie spielen in das Handlungsfeld hinein, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Der Prozess solle in Gang gesetzt und die Ziele erreicht werden. Viele Verbesserungsprozesse laufen bereits, lobt sie. Eine gefahrlose Bewegung in der Stadt solle möglich sein. Beispielhaft könne die Fuchshofstraße zu einer verkehrsberuhigten Fahrradstraße umgewandelt werden. Dies könne schnell umgesetzt werden. Weiter geht sie auf Bauten ein. Vereine sollen bei Sanierungen und Umbauten vorab eine Beratung erhalten. Mobilitäts- und Nachhaltigkeitskonzepte für die Vereine seien wichtig. Zum Thema gesundes Aufwachsen sei ebenso die Sicherheit auf den Wegen und der Umgebung wichtig. Die Hallo-Baby-Tasche solle flächendeckend eingeführt werden. Zur gesunden Ernährung in Kita und Schule fragt sie nach einer Zusammenarbeit mit der Bio- Musterregion. Moralisch solle das Thema Tierwohl immer wieder angesprochen werden. Früh sollen die Kinder geprägt werden. Für die ältere Bevölkerung sei die Bewegung ebenso wichtig und die Erderwärmung treffe diese Bevölkerungsgruppe besonders. Hier müsse die Quartiersentwicklung ausgeweitet werden. Man solle kleinteilig überlegen und die Stadt entsprechend der Handlungsfelder umgestalten.

Stadträtin **Dr. Traub** lobt den Leitsatz. Nicht nur die Sicherheit der Radfahrer, sondern auch der Fußgänger solle beachtet werden. Auch die Gefährdung durch Radfahrer, beispielsweise Fahren ohne Licht oder auf Gehwegen, gehöre betrachtet. Zur Sportinfrastruktur wünscht ihre Fraktion die Aufnahme der Schwimmbäder. Die Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten und vorhandenen Strukturen solle auch anderen Zielgruppen möglich sein. Die gesundheitliche Chancengleichheit sei ein wichtiger Bereich. Angebote und Infrastruktur solle auch für Personen mit Handicap gut zugänglich sein. Weiter geht sie auf die Ernährung ein und regt an, dass zusätzlich über gesundheitliche Probleme aufgeklärt werde. Als konkretes Beispiel geht sie auf Osteoporose ein. Es sollen auch Gespräche mit Betriebskantinen und Restaurants mit Mittagstisch geführt werden. Die Umfrageteilnahme von 29 Personen erscheint ihr wenig und sie geht grundsätzlich auf die Bürgerbeteiligung ein. Die Bürgerschaft habe hier eine Bringschuld, meint sie. Persönlich bittet sie Health in All Policies und die gesundheitlichen Auswirkungen zu betrachten.

Es werde bereits viel gemacht, selbst während der Pandemie, sagt Stadträtin **Moersch**. Vor Corona sei man auf einem guten Weg gewesen. Sie dankt dem Fachbereich für die Kreativität und das Engagement. Bewegung im öffentlichen Raum und ungebundener Sport sei wichtig. Die Bedeutung der Vereine sei wohltuend für die Stadtgesellschaft. Die Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit sei ein zentraler Punkt. Man brauche auch Angebote für Ältere und solange möglich, allein und selbstbestimmt zu Leben. Es gehe um körperliche und seelische Gesundheit wie auch die Verbindung zum Handlungsfeld 6. Ihre Fraktion unterstütze die Handlungsfelder. Einschränkungen sehe sie jedoch in der Finanzierung. Hier sei die Kreativität, auch der Bürgerschaft, gefordert. Die Bürgerschaft müsse einbezogen werden. Ein guter Ansatz sehe sie bei Musik und Tanz auf der Straße. Weiter geht sie auf die Ernährung und den Lebensmittelanbau ein.

Die Vereinslandschaft in Ludwigsburg sei breit und gut aufgestellt, meint Stadtrat **Prof. von**

Stackelberg. Es gebe für den Vereinssport und den informellen Sport viele Möglichkeiten. Flächenmäßig sei man gut ausgestattet, dennoch bestehe weiterhin Bedarf. Viele Angebote werden selbst organisiert und müssen nicht von der Verwaltung initiiert werden. Man habe bereits hohe Standards gesetzt. Im Bereich Ernährung investiere man viel. Gemeinsam mit dem Stadtverband, mit den Vereinen und den Schulen habe man bereits viel entwickelt. Einer weiteren Fortschreibung stehe nichts im Wege. Er dankt dem Fachbereich.

Ludwigsburg sei als Sportstadt bekannt, merkt Stadtrat **Heer** an. Auch im Breitensport sei man gut aufgestellt. Es werde bereits ein umfangreiches Portfolio angeboten. Man könne dennoch noch verbessern, jedoch sei das derzeitige Angebot ausreichend. Zur Ernährung sei Aufklärung gut, liege jedoch in eigener Verantwortung.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Anregungen und Hinweise werden mitgenommen. Die Rückmeldequote sei gut. Darunter seien nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Institutionen vertreten. Viele Personen haben mitgewirkt. Nachhaltigkeit und Sport werde nochmals aufbereitet, vorgestellt und sichtbar gemacht. Hier sei man mit dem Stadtverband für Sport im Gespräch. Weiter geht sie auf das Thema Ernährung ein. Viele essen außerhalb des Haushalts, insbesondere Kinder und Jugendliche. Man habe bereits ein Qualitätskonzept entwickelt und arbeite mit vielen regionalen Anbietern zusammen.

TOP 5

Beauftragung der Karlshöhe mit der Betreuung von
Geflüchteten

Vorl.Nr. 439/22

Beschluss:

1. Die Stiftung Karlshöhe Ludwigsburg wird ab dem 1. Februar 2023 damit beauftragt, die soziale Betreuung der in der Anschlussunterkunft „Haus am Salon“ untergebrachten Geflüchteten zu übernehmen. Es ist mit jährlichen Kosten von maximal rund 80.000 Euro zu rechnen.
2. Die Mittel für 1,0 VZÄ nach TVÖD-SuE mit Eingruppierung bis S12, welche bereits im Haushalt 2023 für den Fachbereich 57 eingeplant sind, werden entsprechend überplanmäßig vom Personalaufwandsbudget auf das Sachmittelbudget des TH 57 umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob bereits ein Einzug stattfand.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Kosten ein. Die Lösung sei gut, jedoch wünscht er einen Überblick über die sonstigen Kosten. Darüber könne im Bauausschuss berichtet werden. Er regt an, dass künftig bei den Vorlagen die möglichen klimatischen Auswirkungen benannt werden sollen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die offenen Fragen ein. Am Montag erfolgt eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit. Momentan leben noch keine Geflüchteten in der Unterkunft.

Nach dieser kurzen Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Die Frage zur klimatischen Auswirkung und dem weiteren Umgang werde mitgenommen. Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.